



DSTG informiert

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2013 Nr. 3



**Tarifverhandlungen:
Abschluss geschafft**

**Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettoeinkünfte**

0,– Euro

Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,– Euro Bezügekonto

• Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ 7,99 % p. a. Abruf-Dispokredit¹⁾²⁾

• Bis zum 6-fachen Ihrer Nettoeinkünfte

Beispiel:	Nettodarlehensbetrag	10.000,– Euro
	Laufzeit	12 Monate
	Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
	Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,– Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

+ 0,– Euro Depot¹⁾

• Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

BBBank-Filialen in Berlin und Umgebung

- Hausvogteiplatz 3–4, 1117 Berlin, Telefon 030/2 02 48-0
- Luisenstraße 41, 10117 Berlin, Telefon 030/28 30 46-0
- Augsburger Straße 5, 10789 Berlin, Telefon 030/21 48 94-0
- Friedrich-Ebert-Straße 113, 14467 Potsdam, Telefon 03 31/73 04 09-0

Ihr Ansprechpartner

Michael Manthey, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail michael.manthey@bbbank.de
www.bezügekonto.de

+ 30,– Euro Startguthaben über das



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Frühjahr ist häufig die Zeit für Tarifverhandlungen. Auch in diesem Jahr saß der dbb mit den öffentlichen Arbeitgebern zusammen, um für die Beschäftigten eine solide Bezahlung zu vereinbaren.

Einiges hat sich in diesem Jahr aber geändert: Nach der Strukturänderung im innergewerkschaftlichen Bereich ist die dbb tarifunion vollständig im dbb aufgegangen, so dass der Verhandlungspartner jetzt der dbb ist. Auf der anderen Seite sitzen aus Berliner Sicht nicht mehr der Finanzsenator oder der Innensenator, sondern die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), da das Land Berlin am 1. Januar 2013 in diese Gemeinschaft zurückgekehrt ist. Letzteres bedeutet aber keineswegs eine Vereinfachung des Verhandlungsverlaufs.

Ich empfand es schon als eine Herabwürdigung der Kolleginnen und Kollegen, dass die Arbeitgeber als Erwiderung auf die berechtigten Forderungen des dbb weder in der ersten, noch in der zweiten Verhandlungsrunde ein Angebot - geschweige denn ein verhandlungsfähiges - vorlegten. Der dbb hatte die diesjährige Tarifforderung in Höhe von 6,5 % schließlich nicht zusammengewürfelt, sondern nach der wirtschaftlichen Lage der Länder und nach dem entstandenen Abstand zur Bezahlung der Bundes- und Kommunalbeschäftigten im TVöD ermittelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind mehr wert als die Arbeitgeber uns bieten!

Wir wollen einen fairen Lohn für unsere Leistungen, denn ohne uns sind die Länder nichts, sind auch die öffentlichen Arbeitgeber nichts. Das scheinen sie regelmäßig zu vergessen. Daran müssen wir sie regelmäßig erinnern. Das ist regelmäßig eine Diskriminierung aller Kolleginnen und Kollegen.

Ich war enttäuscht von der Haltung der TdL, ihres Vorsitzenden Jens Bullerjahn und seiner Berater. Trotzdem habe ich wieder in Potsdam gesessen und verhandelt, weil ich trotzdem etwas für Sie erreichen wollte. Über das Ergebnis und den Weg dahin berichten wir auf den folgenden Seiten.

Es grüßt Sie
Ihr



Bernd Raue

TARIFABSCHLUSS GESCHAFFT - ÜBERTRAGUNG AUF BEAMTINNEN UND BEAMTE GEFORDERT

Nach der Kündigung des Entgeltbereichs des TV-L zum 31. Dezember 2012 standen Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder -TdL- über eine Erhöhung der Entgelte mit Wirkung vom 1. Januar 2013 an auf der gewerkschaftlichen Agenda.

Zwei Runden im Januar und im Februar 2013 blieben hinsichtlich eines Arbeitgeberangebots ohne jeden Erfolg. Nunmehr war die dritte Runde am 7. und 8. März 2013 zum Erfolg nahezu verdammt, denn es existiert für den Fall des Scheiterns keine Regelung eines Schlichtungsverfahrens, also entweder Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt oder Streik!

Um den Arbeitgebern das Drängen der Gewerkschaften auf einen tragbaren Abschluss höchst deutlich zu machen, fanden bundesweit mehrere Protestaktionen statt. Ergänzt wurde dies am Tag vor der dritten Verhandlungsrunde durch Warnstreiks in vielen Städten, einer davon mit imposanter Beteiligung von rund 15.000 Demonstranten in Potsdam, dem Verhandlungsort.

Dennoch gestalteten sich die Gespräche als äußerst schwierig. Als Hauptknackpunkt stellte sich die grundlegende tarifliche Eingruppierung der angestellten Lehrerinnen und Lehrer in den Bundesländern dar, vorwiegend in Berlin und Sachsen. Für diesen Beschäftigtenkreis gibt es seit über dreißig Jahren keine tariflichen Eingruppierungsmerkmale, vielmehr wurden sie vergleichsweise wie beamtete Lehrer eingestuft mit allen Nachteilen einer fehlenden Tarifvorschrift.

Nach zwischenzeitlichen Fortschritten in den Tarifverhandlungen für die rund 800.000 Arbeitnehmer/innen der Länder sind diese am zweiten Tag plötzlich ins Stocken geraten.

"Wir kämpfen um eine für beide Seiten tragbare Lösung", ließ der Verhandlungsführer des dbb, Kollege Willi Russ, in Potsdam verlauten. "Der derzeit auf dem Tisch liegende Kompromissvorschlag ist keineswegs akzeptabel."

Strittig waren am Abend des zweiten Verhandlungstags nach wie vor der Einstieg in eine sogenannte Grundtarifierung für die angestellten Lehrer/innen und die von einigen Ländern als zu hoch bezeichnete Entgelterhöhung.

Noch am Nachmittag hatten sich der dbb und die übrigen beteiligten Gewerkschaften einerseits und die Arbeitgeber andererseits noch deutlich optimistischer gezeigt und ein Ergebnis für den weiteren Verlauf des Abends als "höchst wahrscheinlich" bezeichnet.



Später musste dann diese Aussage relativiert werden, eine Einigung sei wieder offen. Der Lehrertarif als heikelster Punkt der Verhandlungen betrifft die rund 200.000 angestellten Lehrer/innen und war bereits in der Tarifrunde 2011 heiß umstritten. Eine Klärung war damals auf die folgende Tarifrunde verschoben worden. Damit ist das Dilemma in diesem Jahr wieder belebt worden.

Und über Geld wurde am zweiten Verhandlungstag der dritten Runde auch gesprochen. Die Ländervertreter boten schließlich einen Tarifvertrag mit zweijähriger Laufzeit und zwei Zeitpunkten für Entgelterhöhungen an: Jeweils zum 1. Januar 2,65 % in 2013 und 2,95 % in 2014, zusammen effektiv rund 5,8 %. Ferner schlugen sie eine einheitliche Urlaubshöhe von 30 Tagen ohne Differenzierung beim Alter und bei der Beschäftigungsdauer vor. Für Auszubildende sind 27 Tage vorgesehen, die Erhöhung der entsprechenden Entgelte betragen 50 Euro ab 1. Januar 2013 und 2,95 % ab 1. Januar 2014.

Dennoch sträubten sich mehrere Länder gegen einen ihrer Meinung nach zu hohen Gehaltsabschluss, da der dbb und die übrigen Gewerkschaften darüber hinaus forderten, das Ergebnis der Tarifrunde auch auf Beamte und Pensionäre zu übertragen. Damit erweitert sich die aktuelle Tarifrunde zur Einkommensrunde.

Ohne Einigung in dieser entscheidenden dritten Tarifrunde in Potsdam drohten unmittelbar Urabstimmungen und unbefristete Streiks, da das zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern ursprünglich vereinbarte Schlichtungsabkommen vor zwei Jahren von den Ländern gekündigt worden ist.

Am letzten Verhandlungstag und kurz vor einem Eklat war es dem dbb und den übrigen Gewerkschaften jedoch gelungen, die Arbeitgeber zu einem gemeinsamen Abschluss zu bringen, allerdings ohne die doch zu diffizile Frage der Lehrereingruppierung mit zu lösen.

Für Berlin gelten diese Regelungen im gleichen Umfang, allerdings mit einer einschränkenden Komponente. Die Erhöhung für 2013 gilt erst mit dreimonatiger Verzögerung, d.h. zum 1. April 2013, aber die Erhöhungen werden zu 97,5 % des TV-L-Niveaus ausgebracht. Für diese Regelung ist das in den Wiedereintritts-Tarifvertrag übernommene Verfahren des Angleichungs-Tarifvertrags entscheidend, wonach die Tarifierhöhungen des Jahres 2013 drei Monate später in Berlin in Kraft treten und der Angleichungssatz an die allgemeine Entgelthöhe in diesem Jahr um 0,5 % auf 97,5 % steigt. Im Jahr 2014 erfolgt die Entgelterhöhung dann ohne zeitliche Verzögerung zum 1. Januar und ebenfalls mit einem zusätzlichen Angleichungsschritt von 0,5 % auf dann 98 % des TV-L-Entgelts.

Die DSTG Berlin betrachtet das Verhandlungsergebnis insgesamt als annehmbar - wenn auch mit einigen Bauchschmerzen. Perspektivisch ist es aber deswegen tolerabel, weil nunmehr Handlungsklarheit und Berechenbarkeit bestehen. Die Übertragung des Ergebnisses auf den Beamtenbereich wurde unverzüglich eingefordert. DSTG und dbb stehen bereits in der Startposition, um dieses durchzusetzen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Landesverband Berlin
 Moltzepl. 32 • 07777 Berlin, Tel. 330 - 21473040 Fax 330 - 21473041
 www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dsg-berlin.de

Verleger: Dettel Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Dettel Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Kochin, Malin Moelle, Bernd Raue, Christa Roggen

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: GGZ Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: extremdruck, Rodenhausen 18, 90465 Neustadt b. Coburg, www.extremdruck.de

Auflage: 7.500 Exemplare, kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweg: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung, nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.
 Gezeigte Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen/des Verfassers dar, die nicht der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.

BUNDESWEITER AKTIONSTAG ZUR EINKOMMENSRUNDE 2013

Am 28. Februar 2013 war es der DSTG zu viel: In der diesjährigen Einkommensrunde hatten die Arbeitgeber in zwei Verhandlungsrunden nichts geboten. Also mussten wir handeln und unsere Forderung nach 6,5 % Gehaltssteigerung bekräftigen.

Der dbb hat für die Tarifverhandlungen dieses Jahres mit den Ländern ein Forderungspaket beschlossen, das im Wesentlichen eine Erhöhung der Entgelte von 6,5% bei einer Laufzeit der Vereinbarung von 12 Monaten vorsieht. Ferner soll es für Auszubildende eine Anhebung der Entgelte um 100 Euro und ihre vollständige Übernahme nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss sowie für die Beamten eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Verhandlungsergebnisse auf die Besoldung geben. Der Urlaubsumfang soll unangetastet bleiben.

Sowohl der Verhandlungsaufakt am 31. Januar 2013 als auch die zweite Runde am 14. und 15. Februar 2013 blieb ohne Reaktion der Arbeitgeber, also ohne "Gegenangebot". Daraufhin hat sich die DSTG-Bundesleitung entschlossen, den Unmut der Kolleginnen und Kollegen zu bündeln und eine bundesweite Aktion - auch zur Information der Bevölkerung - durchzuführen.

In und vor hunderten Finanzämtern in allen Bundesländern verteilten DSTG-Mitglieder am 28. Februar 2013 Informationsblätter mit den gesamten Forderungen und stimmten auf mögliche folgende Aktionen ein, wenn die Arbeitgeber sich weiterhin stur und unbeweglich zeigen würden.

Auch in Berlin fanden Verteilaktionen statt, in fast allen Finanzämtern waren unsere Mitglieder unterwegs, um die Informationen an die Frau und an den Mann zu bringen. Dabei konnten viele Einzelgespräche geführt werden, in denen uns Zustimmung und Aufmunterung entgegengebracht wurde. Aber auch die Beteiligung an Warnstreiks und Streiks wurde häufig zugesichert. In einigen Fällen konnten auch neue Mitglieder gewonnen werden.

Der Aktionstag der DSTG war in Berlin und im übrigen Bundesgebiet ein voller Erfolg. Es wurde deutlich, dass es die Kolleginnen und Kollegen als Missachtung ihrer Leistung und als verweigerte Wertschätzung erachten, wenn die Arbeitgeber die Tarifverhandlungen durch fehlende akzeptable und verhandelbare Gegenangebote blockieren.

Die DSTG ist als Mitgliedsgewerkschaft im dbb automatisch an den Tarifverhandlungen beteiligt, sie ist tariffähig, und sie zahlt im Falle von

Gehaltskürzungen nach Warnstreik- oder Streikteilnahme satzungsgemäß Streikgeld für ihre Mitglieder.



15.000 BEIM WARNSTREIK IN POTSDAM

Am 6. März 2013 war es soweit und des Guten - nein, des Schlechten zu viel.

Vor der dritten Verhandlungsrunde zeigten die Beschäftigten aus allen Verwaltungen ihren Unmut und ihr Unverständnis über die von den Arbeitgebern verschuldeten Verzögerungen bei den Verhandlungen. Die Verweigerung eines Angebots an die Gewerkschaften vor dem dritten und entscheidenden Termin am 7. März 2013 trieb 15.000 Demonstranten auf die Straßen von Potsdam: Ein machtvoller Warnstreik!

Mehr als ein Fingerzeig an die Arbeitgeber, an die TdL, an ihren Verhandlungsführer!

Für den 6. März 2013 hatte der dbb zum Warnstreik aufgerufen, um den Arbeitgebern eindeutig vor Augen zu führen, dass sich Unmut und Unverständnis über ihre Verhandlungshaltung in der Kollegenschaft breit gemacht hat. Von einer Verhandlungsposition konnte bislang nicht gesprochen werden. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte nicht einmal die Andeutung einer eigenen Position vorgenommen. Denn nichts zu sagen ist eindeutig nicht als Position zu bezeichnen.

Deshalb musste der dbb - neben der bekannten Tarifforderung von 6,5 % bei einer einjährigen Laufzeit sowie zeit- und inhaltsgleicher Übertragung auf die Besoldung- eine weitere klare Position beziehen: Raus auf die Straße, hin zum Verhandlungsort Potsdam und deutlich hörbare Äußerungen über die miese Stimmung der Beschäftigten:

Wir wollen eine faire Bezahlung für unsere Leistungen, die der Arbeitgeber jeden Tag vereinbart, ohne die er seine Aufgaben nicht erfüllen kann und die er höchst unangemessen wertschätzt!

Die DSTG Berlin beteiligte sich mit empörten Mitgliedern und gleichermaßen empörten weiteren Beschäftigten vieler Finanzämter an diesem Warnstreik ebenso wie die anderen Gewerkschaften aus der dbb-Familie und übrige Gewerkschaften. Da es auch um ein grundsätzliches Thema der Eingruppierung von Lehrkräften im Arbeitnehmerstatus ging, war aus diesem Kreis verständlicherweise die Teilnahme besonders groß. Aber auch Polizei, Justiz, Justizvollzug, Feuerwehr, Bezirksämter, Straßenwärter und Erzieher/innen waren stark vertreten. Nicht zu Unrecht kommen übereinstimmende Schätzungen vom veranstaltenden dbb und von der Polizei zu einer Teilnehmerzahl von rund 15.000 auf den Straßen Potsdams und dem zentralen Kundgebungsort auf dem Luisenplatz.

Die DSTG Berlin forderte die Beschäftigten in den Finanzämtern auf, am Warnstreiktag um 12

Uhr die Arbeit niederzulegen und sich an zwei zentralen Orten für die Fahrt nach Potsdam einzufinden. Für den Bustransfer hin und zurück war selbstverständlich gesorgt.

Die gesamte Arbeitskampfmaßnahme war als Gemeinschaftsaktion aller Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes geplant, organisiert und durchgeführt worden. Deshalb feuerten ihre Redner auch gemeinsam, aber nacheinander das Heer der Warnstreikenden mit der verdeutlichen-



den Wiederholung unserer Tarifforderungen an. Sie warnten die Arbeitgeber, die TdL, vor einem Scheitern der Verhandlungen in der dritten Runde. Denn dann würden sich die Fronten nicht nur verhärten, sondern auch längere Streiks in den Verwaltungen und Betrieben unvermeidbar. Für den dbb brachte dies der stellvertretende DSTG-Bundvorsitzende und Vorsitzende der DSTG-Bundestarifkommission, Kollege Karl-Heinz Leverkus, unmissverständlich auf den Punkt.

"Nicht nur 6,5 % fairen Lohn für faire Arbeit von starken Ländern fordern wir, sondern auch das Ende des Abstands in der Bezahlung zwischen TV-L und TVöD", so Leverkus, und weiter: "Hände weg vom Urlaub, Übernahme aller Auszubildenden nach ihrem erfolgreichen Ausbildungsabschluss". Leverkus unterstrich nochmals die Forderung des dbb, die zu erzielende Tarifvereinbarung auf die Beamtenschaft zeit- und inhaltsgleich zu übertragen.



DEMO AM 7. MÄRZ 2013

Nachdem am 6. März 2013 bereits mehrere Tausend Kolleginnen und Kollegen an der Kundgebung in Potsdam teilgenommen haben, gingen die Tarifverhandlungen am nächsten Tag weiter. Die Fachgewerkschaften ließen es sich nicht nehmen, weiter Druck auf die Arbeitgeberseite auszuüben. Aber auch die dbb Jugend hatte zur Kundgebung vor dem Kongresshotel Potsdam aufgerufen.

Natürlich folgte auch die Landesjugendleitung der DSTG Berlin diesem Aufruf. Gemeinsam mit mehreren weiteren hundert Kolleginnen und Kollegen verliehen wir den Forderungen nach mehr Gehalt und Urlaub für die Tarifbeschäftigten der Länder Nachdruck und unterstützten den dbb bei den Verhandlungen. Leider waren die Vertreter der Arbeitgeberseite nicht so mutig, sich den Demonstranten zu stellen. Der Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, ließ es sich hingegen nicht nehmen, zur wartenden Menge zu sprechen und die Berechtigung der Forderungen noch einmal zu unterstreichen.

